



Friedenszentrum Braunschweig e.V.

20.11.09
Goslarsche Str. 93
D-38118 Braunschweig
T: 0531-893033 T+F-351147
E: friedenszentrum@arcor.de
Kto: 123 87-305 PB Han (250 100 30)

Rundbrief 10-09

Inhalt

1. Planungsseminar zum neuen Jahr
2. Rückblick: Erfolge der letzten Zeit
3. Magni-Friedensgebet
4. Aus dem DAKS-Kleinwaffen-Newsletter
5. Mayors for Peace und unser OB Hoffmann
6. Termine

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

1. Planungsseminar 2010

Das Friedenszentrum wird am 9.1.2010, 16 – 19 Uhr, ein Planungsseminar veranstalten. Deshalb rufen wir engagierte Menschen dazu auf sich darüber Gedanken zu machen was, aus friedenspolitischer Perspektive im Jahr 2010 ansteht. Über Hinweise und Ideen würden wir uns sehr freuen. Ruft uns dazu einfach im Büro an – bitte auch gegebenenfalls den Anrufbeantworter benutzen – oder schreibt uns eine E-Mail. Der Ort und der genaue Zeitpunkt werden noch bekannt gegeben. Anmeldungen sind erwünscht. Wir freuen uns auf eine angenehme und erfolgreiche Zusammenarbeit!

2. Rückblick: Erfolge der letzten Zeit

Die letzten Veranstaltungen der Reihe Wege zu einer Kultur des Friedens in der VHS waren sehr gut besucht. Es handelte sich auch um sehr informative Vorträge. Am 10. 9. sprach Dr. Uwe Meier über Verantwortungsethik und Nachhaltigkeit. Zu Beginn des 20. Semesters der Vortragsreihe des Friedenszentrums, die bisher über 80 Veranstaltungen umfasst, präsentierten wir mit ihm einen außergewöhnlichen Braunschweiger, der nicht nur in Bürgerinitiativen wie der zum Erhalt des Schlossparks oder der zur Schaffung einer 4. IGS Außerordentliches geleistet hat, sondern den es heute bis ans andere Ende der Welt führt. Gerade hält er sich im Rahmen seiner Arbeit in El Salvador auf. Er arbeitet jetzt auf internationaler Ebene für Nachhaltigkeit und Verantwortungsethik in

der Wirtschaft, besonders in der Landwirtschaft, und sucht dabei die Interessen der Armen mit denen der großen Konzerne zu Kompromissen zu bringen.

Am 15. 10. 09 ging es um den sogenannten „Green New Deal“. Dr. Bernd Röttger, Lehrbeauftragter an der Universität Wien und freischaffender Sozialwissenschaftler, Bildungsarbeiter und Autor, hat im Laufe seines Berufslebens zahlreiche Schriften zur politischen Ökonomie des Kapitalismus, zur Staatstheorie und zur Gewerkschaftspolitik veröffentlicht. Während seines Vortrags stellte er vor 40 Interessierten einen Weg aus der Wirtschaftskrise vor, nämlich die Möglichkeit eines neuen ökologischen Gesellschaftsvertrages.

Als Erfolg ist auch das Theaterstück „Das Blaue Wunder“ von der Berliner Compagnie zu bewerten, das das Friedenszentrum am 4. und am 5. 11. 09 in der Brunsviga vorstellen konnte. In dem Stück ist zentral der „Wasserkrieg von Cochabamba“ im Jahr 2000 in Bolivien. Nach Tariferhöhungen bis zu 300 %, der Enteignung ihrer Brunnen und dem Ansinnen, selbst für aufgefangenes Regenwasser an den Bechtel-Konzern zu zahlen, ging die Bevölkerung auf die Barrikaden. Vier Monate lang tobte der Kampf. Am Ende verließen die Manager fluchtartig das Land, und das Wasser ging wieder in die öffentliche Hand zurück. Mit dieser Handlung verbindet die Berliner Compagnie andere Schauplätze des Kampfes: vor allem Berlin, aber auch Hamburg, Münster, Mülheim, Beilrode-Arzberg, London, Jakarta, Manila und andere Städte kommen vor. Die Figuren im Stück sind ausgedacht, die zugrundeliegenden Fakten sind es nicht. In dieser Gangsterkomödie ist leider nur wenig erfunden. So führt die Inszenierung im Stil eines Comics die weltweite Auseinandersetzung um das Wasser vor: Szenen des Verbrechens, des Leidens und des Aufbegehrens, des organisierten Protestes und des Siegs. Besonders erfreulich war, dass auch die für Schüler organisierten Workshops sehr gut angenommen wurden. Ein Erfolg für das politische Theater sowie auch für das Friedenszentrum. An dieser Stelle wollen wir auch einen Dank an die Sponsoren richten, die uns dabei unterstützt haben: DGB, GEW, verdi, Fraktion der Linkspartei im Bundestag und Inwent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung).

Am 19. November hielt Gerhard Ruden in der Volkshochschule Braunschweig im Rahmen der Vortragsreihe des Friedenszentrums einen Vortrag: "Die Gewaltfreie Revolution in der DDR". Er war während der DDR-Zeit Bürgeraktivist in Magdeburg. Heute arbeitet er als Landesbeauftragter für die Unterlagen der Staatsicherheit der ehemaligen DDR. Seine Arbeit beinhaltet die Beratung zu den eingelagerten Stasiakten, zum Beispiel, wenn Angehörige oder Opfer Codenamen oder Kürzel der Stasi nicht verstehen. Des weiteren gehören Auskunft, Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulunterricht zu seinem Arbeitsgebiet. Beratung nimmt mit über 2000 Beratungsfällen pro Jahr jedoch den größten Arbeitsanteil ein. Schon als Jugendlicher war Ruden der Auffassung, dass die DDR ein Terrorsystem oder „Terrorstaat“ sei. Diese Ansicht vertrat er aber nur zu Hause, nie öffentlich. Während seines späteren Studiums des Ingenieurwesens trat er der evangelischen Studentengemeinschaft Magdeburgs bei und fing erstmals an, seine Meinung auch außerhalb seines Elternhauses zu vertreten.

Nach seiner Heirat organisierte er sich mit anderen Personen im Friedensarbeitskreis der Magdeburger Martinsgemeinde. Es wurden Texte von Martin Niemöller oder Mahatma Gandhi studiert, die Ruden sehr prägten.

Bei einer der Aktionen, die vom Arbeitskreis organisiert und durchgeführt wurden, verhaftete die Stasi Rudens Mitstreiter. Wie sich herausstellte, waren mehrere Mitglieder des Kirchenkreises Stasispitzel. Ruden selber wurde nicht verhaftet, da er auf Grund eines unguten Gefühls an der Aktion nicht teilgenommen hatte.

Der Widerstand erfolgte nie öffentlich, immer nur in Nischengesellschaften oder in Arbeitskreisen. So wurden Familientreffen für Buchlesungen genutzt oder dienten dem Austausch westdeutscher Bücher und Zeitungen. Leider konnte der zweite angekündigte Referent zu diesem Thema, Rudolf Albrecht krankheitsbedingt an diesem Abend nicht erscheinen.

Am Gedenkort Buchhorst wurden neue Hinweisschilder aufgestellt, die in einer weiteren erfolgreichen Zusammenarbeit mit der Diakonie Wolfenbüttel entstanden.

3. Magni-Friedensgebet

Mittwoch, 2. Dezember 2009, 19 Uhr, Magnikirche:

Die Braunschweigerin Erna Wazinski, wurde in der Zeit des NS-Terrors im Alter von 19 Jahren von einem Braunschweiger Sondergericht zum Tode verurteilt. Sie sollte ein "Volksschädling" sein und während Bombardements geplündert haben. Am 23. November 1944 wurde sie in Wolfenbüttel durch das Fallbeil hingerichtet. Für dieses Urteil musste sich kein Jurist nach dem Krieg verantworten. Unser Mitglied Helmut Kramer erreichte unter anderem auch die Aufhebung dieses Urteils. Das Friedensgebet soll Gedenken und das Zurruekkommens mit der Präsentation gut aufgearbeiteter Einzelschicksale von Menschen verbinden, die Verfolgung oder Unterdrückung ausgesetzt waren oder sind. Seit September 2009 finden regelmäßig solche Friedensgebete statt, bisher immer am ersten Mittwoch eines Monats, ab 2010 wird es auf den letzten Mittwoch verschoben. Die ersten Friedensgebete behandelten die Personen Friedrich Werner Graf von der Schulenburg und Friedrich Schorlemmer. Im September fand anlässlich des Antikriegstags eine Einleitung in die Reihe durch Jochen Kleppers Tagebuch zum Beginn des 2. Weltkrieges vor 70 Jahren statt.

4. Aus dem DAKS-Kleinwaffen-Newsletter



Rüstungs-
Informations-
Büro
RIB e.V.

Deutsche Waffen für Afghanistans Schwarzmarkt
(von Fabian Sieber)



Eigentlich sollen Überschusswaffen der Bundeswehr verschrottet werden. So ist es zumindest über weite Strecken im Fall der ausgemusterten G3-Gewehre passiert. Unter der rot-grünen Bundesregierung jedoch ist von dieser Praxis Abstand genommen worden: Im Jahr 2005 stimmte der Bundessicherheitsrat dem Export von 10.000 halbautomatischen Pistolen des Typs Walther P38 (Bundeswehr-Kennung P1) nach Afghanistan zu. Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahr 2000, laut denen Waffen nicht in Kriegsgebiete geliefert werden sollen, fanden keine Beachtung. Stattdessen wurde der Bitte der USA nach Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte Vorrang eingeräumt.

Einem Artikel von Otfried Nassauer (BITS) im Tagesspiegel zufolge haben diese Waffen mittlerweile ihren Weg auf den Schwarzmarkt gefunden. Laut einem Bericht von NDR Info bezeichnete der verteidigungspolitische Sprecher von Bündnis '90/Die Grünen, Winfried Nachtwei, das Vorgehen der damaligen Bundesregierung als „grob fahrlässig“. „Die Welt“ berichtet, dass im Kontext der Offensive pakistanischer Sicherheitskräfte im Swat-Tal größere Bestände an Waffen westeuropäischer Fertigung sichergestellt worden seien.

Wie solche Waffen ihren Weg in die Hände der Taliban gefunden haben, ist nicht nachvollziehbar, da das von der deutschen Bundesregierung zur Verfügung gestellte statistische Material entsprechende „zivile“ Kleinwaffen nicht als Kriegsmaterial einstuft. Die Rüstungsexportberichte enthalten nur sehr lückenhafte Angaben über den Export der in Frage kommenden Handfeuerwaffen. In jedem Fall wird durch diese Ereignisse die angeblich restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik international karikiert.

(Quelle: http://www.rib-ev.de/?page_id=206)

5. Mayors for Peace und unser OB

(von Anna-Lena Labus)

Der langjährige Oberbürgermeister von Hannover, Dr. h.c. Herbert Schmalstieg sprach am 1. September im DGB-Haus einen Vortrag über „Kommunale Friedenspolitik am Beispiel der Bürgermeister für den Frieden“. Er erklärte, warum ein grundsätzliches Umdenken zum Thema Frieden / Krieg so notwendig sei. Außerdem erzählte er, warum er der Initiative „Mayors for Peace“ beitrug und Hannover zur Partnerstadt von Hiroshima machte. Der Grund dafür: Städte und somit ihre Bürgermeister haben die Pflicht sich aktiv mit Friedenspolitik zu beschäftigen. In einem Krieg sind vor allem Städte und ihre Einwohner von den Folgen betroffen.

Braunschweig und die Mayors for Peace: Am 27.11.2009 findet das nächste Treffen der „Mayors for Peace“ in Hannover statt. Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, der bisher kein nennenswertes Engagement für diese Initiative zeigte, erhielt eine Einladung zu diesem Treffen. Auf die Frage des Friedenszentrums und einiger Ratsmitglieder, ob er an dem Treffen teilnehme, antwortete er: "Es hängt davon ab, ob andere terminliche Verpflichtungen dies zulassen und ob aus der Einladung hervorgeht, ob insbesondere die friedensbedrohenden Aktivitäten der Regierungen in Nordkorea, Iran und Venezuela eine maßgebliche Rolle auf dem Treffen spielen werden." Diese Antwort enttäuschte uns doch sehr, und so beschloss der Vorstand des Friedenszentrums, aktiv an der Sache dran zu bleiben. In einem Schreiben unsererseits, welches wir an alle Fraktionen richteten, wiesen wir noch einmal ausdrücklich darauf hin, wie wichtig die Teilnahme des Oberbürgermeisters an dieser Veranstaltung sei, und machten unserer Enttäuschung Luft. Außerdem zeigten wir die Alternative auf, ein Ratsmitglied als Vertretung für den OB nach Hannover zu schicken. Auf unser Antwortschreiben, erhielten wir vom Büro des Oberbürgermeisters bis heute leider keine Antwort. Lediglich die Linkspartei reagierte auf unser Schreiben und sprach das Thema noch einmal in einer Ratssitzung an. Ein kleiner Lichtblick ist jedoch zu vermelden, aus glaubwürdiger Quelle erhielten wir den Hinweis, dass das Büro des Oberbürgermeisters immerhin die Tagesordnung des Treffens der Mayors of Peace in Hannover nachgefragt hat. Bleibt nur zu hoffen, dass dies keine Finte ist ...

6. Termine

Unterschriftensammlung für die 60.000 Bäume im Querumer Forst: Sa., 28.11., 12-15 h
Kohlmarkt und So., 29.11., am Kreuzteich von 13.00 -16.00 h

(Im Internet unter <http://www.thepetitionsite.com/1/Save-60000-trees-in-Braunschweig-Germany> abstimmen!)

Podiumsgespräch zum Tag der Menschenrechte: „Vielfalt bereichert“ - Über den Beitrag von Immigration zur Entwicklung einer Gesellschaft: Do., 10.12., 20 h,
Bartholomäuskirche

Mahnwache zum „Klima-Gipfel Kopenhagen“: Mo., 7.12. Nähere Informationen sind bei Helmut Käss (T:BS/350513) erhältlich.

Mit Friedensgruß,
Frieder Schöbel und Daniel Gottschalk